

BA-Geschäftsstelle West
Landsberger Straße 486
81241 München

Grüne-Fraktion im BA Laim

München, den 19.11.2023

Antrag

Weniger Wahlplakate!

Die Plakatierungsverordnung der Stadt München vom 20.08.2019 regelt in §2 Abs 2:
„Vor Wahlen, Volks- und Bürgerbegehren, Volks- und Bürgerentscheiden dürfen politische Parteien, Wählergruppen, Kandidatinnen und Kandidaten bis zu drei Monate vor der Wahl Plakatständer und Plakate auch außerhalb der in § 1 Abs. 1 dieser Verordnung genannten Stellen anbringen“

Der Bezirksausschuss Laim möge beschließen:

Die Stadt München wird gebeten, die in §2 Abs 2 der Plakatierungsverordnung genannte Frist von drei Monaten auf einen Monat zu verkürzen.

Begründung:

Vor der letzten Landtagswahl wurde auf Münchens Straßen und Plätzen wieder eine Fülle von Wahlplakaten aufgestellt. Die Bevölkerung ist zunehmend genervt durch dieses monatelange Überangebot von Plakaten an jedem zweiten Baum oder Lichtmast. Durch den inzwischen leider massiven Vandalismus sind viele Plakate zerrissen und Ständer zerstört, wodurch sich sehr oft ein unschönes Gesamterscheinungsbild des öffentlichen Raumes ergibt. Das muss der Bürgerschaft nicht ein viertel Jahr lang zugemutet werden.

Die beantragte Verkürzung des Plakatierungszeitraum tut der politischen Willensbildung der Wählerschaft keinen Abbruch. Es reicht vollkommen, wenn Plakate wenige Wochen vor dem Wahltermin aufgestellt werden. Die Plakate zeigen üblicherweise einen oder zwei Slogans, dazu noch ein lächelndes Gesicht, manchmal auch mehrere Gesichter. Es erscheint zweifelhaft, ob eine politische Willensbildung durch eine solche Information überhaupt erfolgen kann, bzw. erfolgen sollte. Außerdem ist ein Zusammenhang der Plakatierung mit dem tatsächlichen Wahlerfolg der betreffenden Parteien nicht ersichtlich. Die Überfülle der Plakate ist am ehesten mit einer parteiübergreifenden Dynamik im Sinne eines Überbietungswettbewerbes zu erklären, bei dem bei jeder einzelnen Partei viele materielle und personelle Ressourcen sinnlos vergeudet werden.

Die beantragte Verkürzung des Plakatierungszeitraumes ist insofern auch für die politischen Parteien von Nutzen, da die eingesparten Ressourcen zielführender, z. B. für eine weniger oberflächliche Information zur Wahl, eingesetzt werden können.

Initiative: Gerhard Laub

Martin Beier | Manuela Fritz | Nicola Fritz | Lisbeth Haas | Christian Hartranft |
Jutta Hofbauer | Wolfgang Hofstätter | Gerhard Laub | Renate Spannig | Erika Sturm